

**Der Weg ist das Ziel:
Kommentar zum „BürgerForum 2011“**

Der Bundespräsident lädt ein und die Bürger diskutieren: So könnte es funktionieren – müssen sich die Initiatoren des „BürgerForums 2011“ gedacht haben. Dazu werden in 25 Städten und Kreisen nach dem Zufallsprinzip jeweils 400 Bürgerinnen und Bürger eingeladen, sich über den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland auszutauschen. Die insgesamt 10.000 Teilnehmer in den über das gesamte Bundesgebiet flächenmäßig verteilten Gebieten – vom ländlichen Kreis bis zur Großstadt – stehen dann stellvertretend für alle Bundesbürger und entwickeln – so der Wunsch – eigene Ideen und Vorschläge für Politik und Gesellschaft. „Ziel der Initiative ist es, Menschen am politischen Willensbildungsprozess zu beteiligen, sie für politisches Engagement zu motivieren und ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen – denn: Zukunft braucht Zusammenhalt. Vielfalt schafft Chancen“ (aus dem Einleitungstext im Internet). Die 25 Modellgebiete wurden aus den Bewerbern der insgesamt 450 eingeladenen Kommunen und Kreisen ausgelost und zur Teilnahme an dieser „neuen Form der Bürgerbeteiligung“ (aus dem Infovideo) aufgefordert.

Die Repräsentanten aus den 25 regionalen BürgerForen mit deren Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten trafen sich am 24. Januar 2011 auf der Eröffnungskonferenz im Berliner Schloss Bellevue, wo Bundespräsident Christian Wulff den Startschuss für das BürgerForum 2011 gab. Bei dieser Gelegenheit wurden die relevanten Themen von Wissenschaftlern, Bürgermeistern, Landräten und Personen des öffentlichen Lebens diskutiert und jeweils Leitfragen für die weitere Arbeit formuliert.

Am 12. März 2011 lernen sich die Teilnehmer des BürgerForums jeweils in Ihren Orten persönlich kennen und „legen den Grundstein für die gemeinsame Arbeit, indem sie zu ihrem Ausschussthema die wichtigste Herausforderung benennen“ (aus dem Internetttext). Der „Tag des BürgerForums“ schließt am 14. Mai 2011 den regionalen Teil des Projekts ab und leitet gleichzeitig in die bundesweite Vernetzung der 25 Foren über. Zu guter Letzt empfängt der Bundespräsident die Teilnehmer am 28. Mai 2011 zu einem Tag der Demokratie im ehemaligen Bundestag in Bonn, wo die Ergebnisse des BürgerForums vorgestellt und dem Bundespräsidenten überreicht werden.

Eine Diskussion, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland verbessert werden kann, ist sicherlich notwendig. Die Frage ist allerdings, was wer wo genau

darunter versteht. Die Probleme „gesellschaftlichen Zusammenhalts“ stellen sich etwa in großstädtischen Quartieren mit hohem Migrantenanteil anders dar, als in ländlichen Gebieten. Die Eingrenzung des Themas soll durch die Unterteilung in sechs Themenfelder geschehen, die in sogenannten „Ausschüssen“ diskutiert werden. Es sind dies: „Demografie“, „Demokratie und Beteiligung“, „Familiäre Lebensformen“, „Integration“, „Solidarität und Gerechtigkeit“ sowie „Bildung“. Diese Themen werden in jedem der 25 Gebiete in jeweils sechs Ausschüssen behandelt. Ziel ist es, je eine politische Herausforderung zu benennen, die die Teilnehmer gemeinsam für wichtig erachten.

Herzstück des BürgerForums 2011 ist die mehrwöchige Online-Diskussion, auf der Lösungsvorschläge für die jeweils sechs formulierten politischen Herausforderungen der Ausschüsse erarbeitet und Vorschläge für die Gestaltung der 25 regionalen BürgerProgramme geleistet werden. Das macht bundesweit insgesamt 150 Lösungsvorschläge zu politischen Herausforderungen von 10.000 Bürgern. In einem mehrstufigen Verfahren werden die besten Lösungen in der Folge bundesweit diskutiert und sollen in ein bundesweites „BürgerProgramm“ münden.

Ansätze zu basisdemokratischen Diskussionsforen hat es immer mal wieder gegeben. Auch die Neuen Medien wurden durch Internetforen und andere Online-Partizipationsformen zunehmend genutzt. Die diesbezüglichen „Kinderkrankheiten der frühen Jahre“, etwa die nur eingeschränkte Verfügbarkeit von Computern und Internetzugängen oder die Nutzungsbarrieren bestimmter Bevölkerungsgruppen (z.B. Senioren) sind zum Großteil überwunden. Mit dem neuen Portal „buergerforum2011.de“ wird nun darüber hinaus der Versuch unternommen, der Überrepräsentanz bestimmter Gruppen, wie der „üblichen Verdächtigen“ oder auch „Online-Junkies“ durch die Auswahl der Bürger nach Zufallsprinzip entgegen zu wirken und so einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung in Deutschland abzubilden. Unter den zahlreichen schon bestehenden Beteiligungsmethoden „von A wie Anwaltsplanung bis Z wie Zukunftswerkstatt“ setzt insbesondere die Dienelsche „Planungszelle“ ebenfalls auf die Repräsentativität der Teilnehmer.

Das BürgerForum 2011 ist in erster Linie ein Online-Experiment. Dabei ist das BürgerProgramm das materielle Ziel der „Veranstaltung“ (Veranstaltung ist hier vielleicht das falsche Wort). Im BürgerProgramm werden alle Vorschläge, die im BürgerForum gemeinsam erarbeitet wurden und Mehrheiten gefunden haben, zusammengefasst. Dabei soll das BürgerForum so den Bürgern eine Stimme in der politischen Debatte geben.

Der Anspruch des Projektes, die Themen der „Ausschüsse“ quasi „bottom-up“ – also von unten, vom Bürger her – diskutieren zu lassen, ist nicht nur aller Ehren wert, sondern geradezu zutiefst basisdemokratisch. Man darf gespannt sein, welche innovativen Ergebnisse das zu erarbeitende BürgerProgramm wohl enthalten wird,

denn viele Ansätze und Forderungen wurden in den letzten Jahren bereits in umfangreichen Verfahren erarbeitet, Positionen besetzt, Empfehlungen abgegeben, Texte und Pamphlete formuliert. Das Nationale Forum für Engagement und Partizipation etwa hat in aller Breite die Positionen von Verbänden und Zivilgesellschaft diskutiert. Und doch liegt gerade hier der Reiz des Ansatzes, denn das BürgerForum 2011 macht sich über die Befragung von Lobbyisten hinaus verdient in zweierlei Hinsicht:

- Erstens werden Bürger vor Ort repräsentativ ausgewählt und so angestrebt, „Volkes Meinung“ in die politische Diskussion einzubeziehen.
- Zweitens wird mit dem Online-Forum ein innovativer Weg beschritten, der jederzeit einen niedrigschwelligen Zugang zum Diskussionsforum erlaubt, ohne sich durch zahlreiche „Werkstatttermine“ umfangreich zeitlich/terminlich zu binden.

Ob der „Zugang“ der Bürger durch das Online-Forum tatsächlich erleichtert wird oder ob bestimmte Bevölkerungsgruppen trotz der allgemeinen Verfügbarkeit des Internets noch anders „abgeholt“ werden müssen, ist eine der großen Fragen zum Erfolg der Aktion. Darüber hinaus erscheint die Bezeichnung „BürgerProgramm“ als Ergebnis des Prozesses sehr ambitioniert, denn: Was passiert anschließend mit den erarbeiteten Ergebnissen? Prof. Klaus Wermker aus Essen wird nicht müde darauf hinzuweisen, dass man den Bürgern von Anfang an klar sagen müsse, an was genau sie beteiligt sind und wozu ihr Engagement konkret führen kann. Dies scheint im BürgerForum 2011 zumindest offen zu sein. Das Ziel ist die Abstimmung und Erstellung eines „Papiers“, das – immerhin – dem Bundespräsidenten überreicht wird. Doch was passiert dann damit? Wird das Dokument im Bundestag beraten, wird es in irgendeiner Weise beschlossen oder gar umgesetzt?

So ist das BürgerForum 2011 in erster Linie prozess- und weniger umsetzungsorientiert. Das ist als Experiment interessant und sollte ausführlich ausgewertet werden. Interessant wäre indes auch, ob die beteiligten Personen sich im Anschluss bereit erklären würden, noch einmal teilzunehmen, also „am Ball zu bleiben“. Im Hinblick nicht nur auf die Erstellung, sondern auch auf die Umsetzung von Ergebnissen ist hier ein Punkt auszumachen, an dem sich entscheidet, ob ein vielleicht durchaus erfolgreich verlaufender Prozess den Sprung von einem Pilotprojekt zur Regelstruktur schaffen kann.

Dr. Frank Jost ist Stadtplaner und Wissenschaftlicher Referent beim vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Berlin sowie Sprecher der Arbeitsgruppe 4 „Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft“ im BBE.

Kontakt: fjost@vhw.de